

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 12.01.2017**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal
Marktplatz 2
06108 Halle (Saale)

Zeit: 16:33 Uhr bis 18:40 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), Ausschussvorsitzende
Bernhard Bönisch	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Ulrich Peinhardt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), ab 16:36
Andreas Schachtschneider	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Marcel Kieslich	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Bernward Rothe	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Dennis Helmich	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Dr. Regina Schöps	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
Dr. Tarek Ali	Sachkundiger Einwohner
Norwin Dorn	Seniorenrat
Elisabeth Krausbeck	Sachkundige Einwohnerin, bis 18:32 Uhr
Igor Matviyets	Sachkundiger Einwohner
Satenik Roth	Sachkundiger Einwohner
Jan Röttschke	Sachkundiger Einwohner, bis 18 Uhr
Helga Schubert	Sachkundige Einwohnerin
Annette Wunderlich	Sachkundige Einwohnerin
Katharina Brederlow	Beigeordnete für Bildung und Soziales
Jörg Baus	Fachbereichsleiter Soziales
Dr. Christine Gröger	Fachbereichsleiterin Gesundheit
Susanne Wildner	Gleichstellungsbeauftragte
Dr. Uta Schwarzer	Abteilungsleiterin Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung, Amtstierärztin
Heike Schaarschmidt	Referentin Geschäftsbereich IV
Jenny Dautermann	stellv. Protokollführerin

Gäste

Martina Grummisch	Bereichsleiterin Jobcenter Halle
Heike Kiesche	Leistungsrecht AOK
Dr. Stefanie Bohley	Regionales Herzinfarktregister Sachsen-Anhalt
Dr. Alexander Kluttig	Nationale Kohorte

Entschuldigt fehlten:

Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Manfred Czock	Sachkundiger Einwohner
Susanne Willers	Sachkundige Einwohnerin

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Haupt eröffnete die Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Haupt eröffnete die Tagesordnung und informierte darüber, dass der Punkt 7.1 und 7.2 vorgezogen werden soll.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Frau Haupt** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Folgende geänderte Tagesordnung wurde festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
- 3.1. Genehmigung der Niederschrift vom 10.11.16
- 3.2. Genehmigung der Niederschrift vom 08.12.16
- 7.2. Vorstellung von wesentlichen Veränderungen im Pflegebereich - Pflegereform 2017
- 7.1. Bericht Jobcenter Arbeitsmarkt
4. Beschlussvorlagen
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
- 7.3. Vorstellung Regionales Herzinfarktregister Sachsen-Anhalt (RHESA-Projekt) und Erhebungen zur Nationale Kohorte
- 7.4. Themenausblick für zukünftige Sitzungen im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

zu 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 10.11.16

Es gab keine Wortmeldungen und **Frau Haupt** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 3.2 Genehmigung der Niederschrift vom 08.12.16

Es gab keine Wortmeldungen und **Frau Haupt** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

**zu 7.2 Vorstellung von wesentlichen Veränderungen im Pflegebereich -
Pflegerreform 2017**

Präsentation im Session hinterlegt.

Frau Roth fragte was der Unterschied zwischen selbständig, teilweise selbständig, teilweise unselbständig und unselbständig ist.

Frau Kiesche antwortete, dass die Abstufung so festgelegt wurde und es Kriterien zur Anwendung gibt.

Herr Schachtschneider fragte zum Bestandsschutz des Pflegegrades, welchen Sinn es ergibt, dass jemand der die Anforderungen nicht mehr erfüllt trotzdem in der bisherigen Stufe bleibt.

Frau Kiesche sagte, dass sich das der Krankenkasse auch nicht erschließt, aber die Handhabung schon immer so stattfindet.

Herr Schachtschneider fragte weiter zur Bonuszahlung, ob dies wirklich passiert.

Frau Kiesche sagte, dass es sich um Einzelfälle handelt und dies eher bei jungen Patienten der Fall ist. Es lohnt sich nicht für die Pflegeheime, da wenn die Pflegestufe bleibt das Heim mehr Geld bekommt. Die Summe muss von den Pflegeheimen zurückgezahlt werden, wenn der Zustand sich wieder verschlechtert.

Herr Schachtschneider fragte, ob es für die Rückzahlung eine Frist gibt.

Frau Kiesche antwortete, dass nach 6 Monaten keine Bonuszahlung mehr zurückgefordert werden kann.

Frau Haupt fragte, wie die Begutachtung abläuft und wie Subjektivität verhindert wird.

Frau Kiesche erklärte, dass sich der Begutachtungsprozess nicht ändert und es befürwortet wird, dass der Pflegedienst dabei ist.

Es gab keine weiteren Fragen.

zu 7.1 Bericht Jobcenter Arbeitsmarkt

Eine Präsentation ist im Session hinterlegt.

Frau Grummisch führte in das Thema ein.

Es gab keine Wortmeldungen.

zu 4 Beschlussvorlagen

Beschlussvorlagen lagen nicht vor.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Anträge von Fraktionen und Stadträten wurden nicht gestellt.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.3 Vorstellung Regionales Herzinfarktregister Sachsen-Anhalt (RHESA-Projekt) und Erhebungen zur Nationale Kohorte

Eine Präsentation ist im Session hinterlegt.

Frau Dr. Bohley stellte das Regionale Herzinfarktregister Sachsen-Anhalt vor.

Herr Bönisch fragte, warum die Daten mit Augsburg verglichen werden.

Frau Dr. Bohley sagte, dass nur das Augsburger Register die Daten wie Sachsen-Anhalt erfasst und diese viel weniger Sterbefälle haben.

Herr Kieslich fragte, ob auch äußere Risikofaktoren betrachtet werden.

Frau Dr. Bohley schilderte, dass nicht alle Risikofaktoren in der Übersicht dargestellt wurden aber auch äußere Faktoren berücksichtigt werden.

Es gab keine weiteren Fragen.

Herr Dr. Kluttig ging auf die Nationale Kohorte ein.

Herr Peinhardt fragte, wie die Adressen der Teilnehmer bei Umzug verfolgt werden können.

Herr Dr. Kluttig erklärte, dass regelmäßig ein Melderegisterabgleich erfolgt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

zu 7.4 Themenausblick für zukünftige Sitzungen im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss

Der Themenausblick ist im Session hinterlegt.

zu 7.5 Information zu Grippeerkrankungen

Frau Dr. Gröger informierte über die Zahlen der registrierten Grippeerkrankten, im Januar 2016 waren es 34 und im Januar 2017 53. Das Abstrichverhalten der Ärzte ist unterschiedlich, so dass nicht genau bekannt ist, wie viele tatsächlich erkrankt sind.

zu 7.6 Information zu Gesetzesänderungen

Gesetz im Session hinterlegt.

Herr Baus informierte über die Gesetzesänderungen

a) Gesetz zur Ermittlung der Regelbedarfe sowie zur Änderung des SGB II und des XII Buches Sozialgesetzbuch

b) Gesetz zur Regelung von Ansprüchen ausländischer Personen in der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch und in der Sozialhilfe nach dem Zwölften Sozialgesetzbuch..

zu 7.7 Information zur Vogelgrippe

Frau Dr. Schwarzer informierte, dass das Sperrgebiet Planena zeitlich verlängert wurde, da man einen zweiten Vogel gefunden hat. Ein Ende ist noch nicht absehbar.

zu 7.8 Information zum Unterhaltsvorschussgesetz

Frau Brederlow informierte darüber, dass bisher nur die Regelsätze ab 01.01.2017 geändert wurden und noch nicht, wie angekündigt, das Gesetz. Damit ist im Frühjahr 2017 zu rechnen.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 Herr Schachtschneider zu Gesetzesänderungen

Herr Schachtschneider fragte, ob die Gesetzesänderungen Auswirkungen auf den Haushalt haben.

Herr Baus sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.2 Herr Bönisch zum Psychiatriebericht

Herr Bönisch fragte, ob schon seitens der Stadt versucht wurde einen Gemeindeverbund zu definieren, um die psychosoziale Arbeitsgemeinschaft zu verbessern.

Frau Dr. Gröger sagte, dass in Ihrer Amtszeit dies nicht versucht wurde. Mit den vorhandenen Arbeitsgruppen und Arbeitskreisen liegt eine gut funktionierende Arbeitsebene vor, die einer gemeindenahen Psychiatrieversorgung sehr nahe kommen.

Herr Bönisch fragte, ob die Verwaltung einen Änderungsbedarf sieht.

Frau Dr. Gröger sagte, dass sie es aufnimmt und mit in Ihre Beratung der PSAG nimmt.

zu 8.3 Herr Peinhardt zu Integrationshelfern in Schulen

Herr Peinhardt fragte im Namen einer Schule, ob eine Betreuung von Schülern mit einer Lernschwäche durch die Schule geleistet werden muss. Integrationshelfer werden immer abgelehnt.

Frau Brederlow antwortete, dass nicht die Schule, sondern ausschließlich die Eltern Anträge stellen können. Soweit es den Unterricht betrifft, ist nicht die Jugendhilfe gefordert, sondern es bleibt Aufgabe der Schule.

zu 8.4 Frau Haupt zum Haus der Wohnhilfe

Frau Haupt fragte, ob man noch weitere Hilfe für Obdachlose, gerade in der kalten Jahreszeit, leisten kann. Gibt es genügend Informationen, dass die betroffenen wissen, wo sie sich hinwenden können.

Herr Baus schilderte, dass man die Personen nicht zwingen kann und die Betroffenen wissen, wo sie sich hinwenden können.

zu 9 **Anregungen**

zu 9.1 **Herr Peinhardt zu auswärtiger Sitzung**

Herr Peinhardt regte eine auswärtige **Ausschusssitzung** an.

zu 9.2 **Frau Schöps zum Psychiatriebericht**

Frau Schöps bat um Bereitstellung des Links zur Abrufung des Psychiatrieberichtes.

Die Verwaltung sicherte zu, den Bericht zur Verfügung zu stellen.

Ute Haupt
Ausschussvorsitzende

Jenny Dautermann
stellv. Protokollführerin